Pressemitteilung

9. Februar 2018

Forderungen für die Kultur- und Medienpolitik Deutschlands

UNESCO-Weltbericht 2018 zur Kulturpolitik in Berlin vorgestellt

Berlin, den 09.02.2018. 120 Kulturakteure aus Deutschland diskutierten heute in der Barenboim Said Akademie in Berlin die Ergebnisse des UNESCO-Weltberichts 2018 „KULTURPOLITIK NEU I GESTALTEN – Kreativität fördern, Entwicklung voranbringen". Der Bericht zeigt zahlreiche Fortschritte in der Kulturpolitik und bei der Vielfalt der Produktion kultureller Inhalte weltweit. Die Autoren kritisieren aber auch Defizite, etwa beim ausgewogenen Zugang zu Handelsmärkten mit Kulturgütern und Dienstleistungen, bei der Künstlerfreiheit, Mobilität und Geschlechtergerechtigkeit (Kerninhalte des Weltberichts). Die Veranstaltung in Berlin machte deutlich, dass trotz der vielen guten Initiativen auch für die Kultur- und Medienpolitik Deutschlands Handlungsbedarf besteht.

Deutschland muss mehr Einsatz für Künstlerfreiheit zeigen
Prof. Dr. Wolfang Kaschuba, Vorstandsmitglied der Deutschen UNESCO-Kommission: „Kunst ist als globales Medium der kritischen Begleitung gesellschaftlicher Prozesse und des offenen Austauschs gesellschaftlicher Erfahrungen unser wichtigstes kulturelles Kapital. Freilich nur dann, wenn sie nicht – wie heute zunehmend versucht – wirtschaftlich kontrolliert und politisch gelenkt wird. Sie muss sich vielmehr frei entfalten und damit selbst die Idee und den Raum der Freiheit verkörpern können. Deutschland kommt hier auf Grund seiner dramatischen Geschichte und seiner aktuellen Rolle als Zufluchtsland eine ganz besondere Verantwortung zu. Wir unterstützen nachdrücklich die Initiative vom September 2017, mit der Leiterinnen und Leiter renommierter Theater, Museen und Filminstitutionen aus der ganzen Republik die Bundesregierung aufgefordert haben, ein Programm für verfolgte Künstlerinnen und Künstler aufzulegen. Wir erwarten, dass die neue Bundesregierung dies zügig umsetzen wird. Auch stünde es unserem Land gut an, wenn neben den Städten Hannover und Frankfurt sich weitere Städte dem internationalen Netz „Städte der Zuflucht" (ICORN) anschließen würden."

Bericht zur Lage der Kultur in Deutschland gefordert
Dr. Tobias Knoblich, Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft: „Gute Kulturpolitik braucht Daten, Fakten, Evaluationen. Der Weltbericht fordert hier Engagement von den Staaten ein, gerade mit Blick auf das komplexe Zusammenspiel unterschiedlicher Handlungsebenen und Akteure. Deutschland sollte seine Kulturpolitikforschung ausbauen und in regelmäßigen Abständen einen Bericht zur Lage der Kultur in Deutschland erarbeiten, wie ihn auch der Deutsche Städtetag fordert. Mit einem Kulturfinanzbericht allein, dessen Quelldaten bei Erscheinen schon drei Jahre alt sind, ist es nicht getan. Notwendig ist ein zeitnahes Monitoring im Kulturbereich mit mehr als nur statistischen

Daten, das neue Einsichten und schnelles Reagieren bei Defiziten erlauben würde."

UNESCO-Konvention zur Kulturpolitik muss handlungsleitend für Gesellschaftspolitik sein
Prof. Christian Höppner, Präsident des Deutschen Kulturrates: „Die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt ist nicht nur Berufungsgrundlage, sondern auch ein Handlungsinstrument für Nachhaltigkeit und gerechten Welthandel. Das gilt sowohl für die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung als auch die verschiedenen Handelsabkommen. Diese UNESCO-Konvention sollte stärker handlungsleitend für eine gemeinwohlorientierte Gesellschaftspolitik sein, denn Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik."

Bis 2020 innovative Medienpolitik gemeinsam mit europäischen Partnern entwickeln
Christine M. Merkel, Mitautorin des UNESCO-Weltberichts und Leiterin des Fachbereichs Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission: „Die öffentlich-rechtlichen Medien sind zentral für den Zugang zur Vielfalt kultureller Inhalte. Die Digitalisierung verändert hier laufend Rahmenbedingungen und Spielregeln. Die aktuelle Revision der europäischen Richtlinie für audio-visuelle Mediendienste setzt ein Signal in die richtige Richtung. Deutschland ist gemeinsam mit den europäischen Partnern sehr gut positioniert, eine Medienpolitik zu entwickeln, welche die Veränderung der Öffentlichkeit, Konvergenz und die Angebote neuer Medienproduzenten zukunftsfest und innovativ aufgreift. Wir rufen Länder und Bund auf, dieses Thema in den drei Jahren bis zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 anzugehen."

Hintergrundinformationen
Die UNESCO-Generalkonferenz hat am 20. Oktober 2005 die „Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" verabschiedet. 145 Länder und die Europäische Union haben die Konvention seither ratifiziert. Sie garantiert dauerhaft das Recht auf eine eigenständige Kulturpolitik der Vertragsstaaten und soll zur Intensivierung globaler Kulturkooperation beitragen. Der Weltbericht 2018 „KULTURPOLITIK NEU I GESTALTEN – Kreativität fördern, Entwicklung voranbringen" stellt die Umsetzung der Konvention weltweit dar. Deutschland hat die Konvention am 12. März 2007 ratifiziert. Die Deutsche UNESCO-Kommission führt Projekte zur Stärkung kultureller Vielfalt in Deutschland, Europa und der arabischen Region durch und beteiligt sich an der Politikberatung zur Stärkung kultureller Governance.

Weitere Informationen
Kerninhalte des Weltberichts

Download des Weltberichts, Deutsche Kurzfassung
Daten und Fakten
UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat